



DER PRÄSIDENT
DER BREMISCHEN BÜRGERSCHAFT
LANDTAG DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

Haus der Bürgerschaft
Postfach 10 69 09
28069 Bremen

Telefon 04 21/361 - 12 400
Telefax 04 21/361 - 12 403

Datum: 12. November 2010

An den
Präsidenten des Senats
Herrn Bürgermeister Jens Böhrnsen
Rathaus
28195 Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 76. Sitzung am 11. November 2010 folgende Beschlüsse gefasst:

1. Affenversuche an der Bremer Uni endlich stoppen!
Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann
vom 12. Juli 2010
(Drucksache 17/1370)

Dieser Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt.

2. Beschäftigungsquote von Personen mit Migrationshintergrund beim Lande
Bremen und in den landeseigenen Betrieben erhöhen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 27. September 2010
(Drucksache 17/1454)

Dieser Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

3. Masterplan Industrie Bremen
Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2010
(Drucksache 17/1361)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

4. Wirksamkeit der Arbeitsmarktpolitik im Lande Bremen
 Große Anfrage der Fraktion der CDU
 vom 17. August 2010
 (Drucksache 17/1396)
 Dazu
 Mitteilung des Senats vom 21. September 2010
 (Drucksache 17/1445)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

5. Bericht zur Situation auf dem Arbeitsmarkt des Landes Bremen und der
 Arbeitsmarkteffekte bremischer Politik für das Jahr 2008
 Mitteilung des Senats vom 28. September 2010
 (Drucksache 17/1462)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

6. Für eine moderne, interkulturelle Verwaltung in Bremen
 Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
 vom 9. November 2010
 (Neufassung der Drs. 17/1397 vom 18. August 2010)
 (Drucksache 17/1534)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein Konzept zu entwickeln,

a) wie künftig mehr Menschen mit Migrationshintergrund ermutigt werden können, sich im öffentlichen Dienst sowohl um Ausbildungsplätze als auch um Stellen, die bereits eine berufliche Qualifikation voraussetzen, zu bewerben,

b) und das sicherstellt, dass ihre Bewerbungen in den Auswahlverfahren auch angemessene Berücksichtigung finden;

2. in diesem Zusammenhang zu prüfen, inwieweit es sinnvoll und möglich ist, in bestimmten Bereichen einen Stellenanteil für bilinguale Bewerberinnen und Bewerber vorzuhalten bzw. Mehrsprachigkeit und Erfahrungen im Umgang mit Menschen unterschiedlicher Herkunft bei den Auswahlkriterien stärker zu berücksichtigen.

3. die Ausbildungs-Kampagne „ein Schlüssel für Bremen“ dahingehend zu evaluieren und darüber zu berichten,

a) ob der Bewerbungsanteil von jungen Menschen mit Migrationshintergrund gestiegen ist,

b) ob sich der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund, die in den Jahren 2009 und 2010 eingestellt wurden, erhöht hat,

c) und inwieweit es möglich war, den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund an der Gesamtzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst differenziert und bei Wahrung der Rechte der Beschäftigten zu erfassen,

4. interkulturelle Bildung zum integralen Bestandteil von Aus- und Fortbildungen des öffentlichen Dienstes im Lande Bremen zu machen und auf den Abschluss von Dienstvereinbarungen zur Anerkennung und Förderung kultureller Vielfalt hinzuwirken,

5. Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, Erscheinungen von Rassismus und struktureller Diskriminierung in der Verwaltung zu erkennen und zu ihrer Vermeidung bzw. Beseitigung beizutragen,

6. im Zusammenwirken mit den Dienststellen, Eigenbetrieben, Gesellschaften, Einrichtungen und dem Rat für Integration Zielvereinbarungen für einen voranschreitenden Prozess der interkulturellen Öffnung der Verwaltung zu formulieren und abzuschließen sowie

7. der Bürgerschaft (Landtag) in sechs Monaten über die ergriffenen Maßnahmen zu berichten.

7. Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer
Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2010
(Drucksache 17/1362)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

8. Die Situation von Asbestgeschädigten in Bremen und Bremerhaven verbessern
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 25. Mai 2010
(Drucksache 17/1304)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 3. August 2010
(Drucksache 17/1376)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

9. Beratungsstelle für von Berufskrankheiten Betroffene einrichten und Beweislastumkehr im Gesetz verankern
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 28. September 2010
(Drucksache 17/1466)

1. Der Senat wird gebeten, sich für die kurzfristige Einrichtung einer Beratungsstelle einzusetzen, die Betroffene hinsichtlich der Identifizierung, Vorbeugung und

Feststellung einer beruflichen Verursachung von Asbestose und anderer anerkannter Berufskrankheiten berät und unterstützt. Dabei sollen die Erfahrungen der bisherigen ehrenamtlichen Beratung in Bremen-Nord genutzt und eingebunden werden.

2. Der Senat wird gebeten zu prüfen, wie Berufsgenossenschaften, Krankenkassen, Rentenversicherung, Gewerkschaften, Arbeitnehmerkammer und die kirchlichen Dienste in der Arbeitswelt (KDA) in Realisierung und Finanzierung einer solchen Beratungsstelle eingebunden werden können.
3. Der Senat wird gebeten zu prüfen, wie der Zugang der Geschädigten zu neutralen Begutachtenden erleichtert werden kann.
4. Der Senat möge zudem prüfen, in welchem Umfang für diese Beratungsstelle Mittel aus dem Programm Arbeit und Technik (Schwerpunkt Gesundheitsschutz) bereitgestellt werden können.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Bundesrat auf eine Änderung des Siebten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VII) zu drängen, mit denen
 - a) die berufliche Verursachung einer Erkrankung dann angenommen werden kann, wenn der oder die Geschädigte im Beruf in erhöhtem Maße Asbest ausgesetzt war und die Berufsgenossenschaft den Gegenbeweis einer anderen Verursachung nicht erbringen kann (Beweislastumkehr),
 - b) die Beratung und Unterstützung der Geschädigten bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche durch die Krankenkassen erfolgen kann, sodass diese keinen weiteren Erstattungsstreit führen muss und
 - c) Qualitäts- und Neutralitätsanforderungen für die ärztliche begutachtende Tätigkeit in berufsgenossenschaftlichen Entschädigungsverfahren gesetzlich kodifiziert werden.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich über die bereits von ihm ergriffenen Bundesratsinitiativen hinaus für eine Erleichterung bei den Nachweispflichten für die berufliche Asbestexposition einzusetzen. Dies insbesondere in den Fällen, bei denen in Betrieben in der Vergangenheit Aufzeichnungen nicht geführt wurden, nicht mehr vorhanden sind bzw. bei denen die Asbesthaltigkeit einzelner Betriebsmittel nicht bekannt war.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich für die Gründung eines unabhängigen Forschungsinstituts zur Begutachtung von Berufskrankheiten einzusetzen.

10. Asbest-Geschädigten unbürokratisch helfen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. November 2010
(Drucksache 17/1517)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

11. Atomtransporte durch das Land Bremen
 Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
 vom 17. August 2010
 (Drucksache 17/1392)
 Dazu
 Mitteilung des Senats vom 19. Oktober 2010
 (Drucksache 17/1486)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

12. Keine Atomtransporte über bremische Häfen
 Antrag der Fraktion DIE LINKE
 vom 3. November 2010
 (Drucksache 17/1513)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

13. Transport von Kernbrennstoffen über das Land Bremen verhindern
 Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
 vom 10. November 2010
 (Drucksache 17/1536)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihre Ablehnung der Verlängerung der AKW-Laufzeiten und der damit verbundenen Zunahme von Transporten von Kernbrennstoffen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Transporte von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten durch unsere Häfen und andere Transportwege im Land Bremen zu verhindern, insbesondere

a) unverzüglich alle aus Sicht des Senats rechtlich möglichen Schritte zur Sperrung der bremischen Häfen und anderer Transportwege durch Bremen und Bremerhaven für den Transport von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten einzuleiten und

b) als Eigentümerversreter in von der öffentlichen Hand beherrschten Unternehmen nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass diese sich nicht an derartigen Transporten und Umschlägen beteiligen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) appelliert an die private Hafenwirtschaft im Land Bremen, sich solchen Transporten zur Sicherung eines störungsfreien Hafenbetriebs zu verweigern.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für eine Änderung des Atomrechts mit dem Ziel einzusetzen, dass betroffene Länder maßgeblichen Einfluss auf die Genehmigung von Transporten von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten erhalten und dass die Kosten der Sicherung und Durchführung von derartigen Transporten von den jeweiligen Auftraggebern der Transporte getragen werden.

14. Gesetz zur Änderung des Bremischen Abwasserabgabengesetzes
Mitteilung des Senats vom 28. September 2010
(Drucksache 17/1461)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

15. Kinderlärm - Kein Grund zur Klage
Mitteilung des Senats vom 14. September 2010
(Drucksache 17/1431)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

16. Gesetz zur Änderung des Bremischen Immissionsschutzgesetzes
Antrag der Fraktionen der SPD
und Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. November 2010
(Drucksache 17/1508)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung in der als Anlage 3 beigefügten Fassung.

17. Ausbau der Offshore-Windenergie durch geeignete Maßnahmen flankieren
Antrag der Fraktionen der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 9. November 2010
(Neufassung der Drs. 17/1404 vom 24. August 2010)
(Drucksache 17/1528)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Pläne der Bundesregierung, die Errichtung der ersten zehn deutschen Offshore-Windparks über ein KfW-Sonderprogramm "Offshore Windenergie" mit einem Kreditvolumen von 5 Mrd. € zu fördern.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) betrachtet darüber hinaus Bürgschaften zur Absicherung von Krediten als Anschubhilfe zum Bau von Offshore-Windparks als große Chance für die regionale wirtschaftliche Entwicklung der Windkraftstandorte Bremen und Bremerhaven und hält dies für notwendig, um die Ausbauziele im Offshore-Windenergie-Bereich termingerecht zu erreichen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, innerhalb des bestehenden Bürgschaftsrahmens des Landes bei der volkswirtschaftlichen Bewertung von Bürgschaftsunterlagen Offshore-Projekten eine hohe Priorität einzuräumen, die Möglichkeit zur Übernahme von Landesbürgschaften bekannter zu machen und sich

an möglichen Gesprächen des Bundes mit den Ländern über kombinierte Bund-/Landesbürgerschaften konstruktiv zu beteiligen.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass den Betreibern von Offshore-Windparks im Rahmen der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) die Möglichkeit eröffnet wird, in der Anfangsphase des Betriebs eine höhere Vergütung bei gleichzeitig verkürzter Laufzeit zu erhalten. Die Ausgestaltung muss im Vergleich zur derzeitigen Einspeisevergütung kostenneutral sein.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich beim Bund gemeinsam mit den Küstenländern für eine Entfristung der Netzanschlussverpflichtung im Energiewirtschaftsgesetz einzusetzen.

6. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Pläne der Bundesregierung, künftig einen zwischen allen deutschen Netzbetreibern abgestimmten zehnjährigen Netzausbauplan im Rahmen der EnWG-Novelle verbindlich gesetzlich festzuschreiben und ein Konzept für ein "Zielnetz 2050" zu entwickeln, das unter anderem die weitere Entwicklung des Bestandsnetzes, eines Nordseenetzes und der Clusteranbindungen für Offshore-Windparks umfasst.

18. Frauenanteil in den Aufsichtsgremien der Wirtschaft nachhaltig steigern
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. September 2010
(Drucksache 17/1420)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, bei der nächsten turnusgemäßen Besetzung der durch ihn zu besetzenden Aufsichtsratsmandate, sicherzustellen, dass jeweils mindestens 40 % der Positionen von Frauen wahrgenommen werden.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, bei den privaten Anteilseignern an bremischen Gesellschaften darauf hinzuwirken, dass auch diese ihre Mandate entsprechend mit mindestens 40 % Frauen besetzen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat dafür zu werben, dass diese Regelung auch in der privaten Wirtschaft im Land Bremen möglichst rasch und breit akzeptiert und realisiert wird.

4. Der Senat wird gebeten, die Bemühungen auf Bundesebene zu unterstützen, die darauf abzielen, dass die Mandate aller Aufsichtsgremien der in Deutschland ansässigen börsennotierten Unternehmen zu jeweils mindestens 40 % an Frauen vergeben werden müssen.

19. Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:
1. Einführung eines Tages des Erinnerns und Gedenkens an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 1945 (Tag der Befreiung)
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 23. Juli 2010
(Drucksache 17/1374)
 2. Initiative für eine betriebliche Qualifikationsoffensive
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. September 2010
(Drucksache 17/1421)
 3. Psychische Belastung muss Schwerpunkt des Arbeitsschutzes werden
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. September 2010
(Drucksache 17/1422)
 4. Schulkulturticket einführen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. September 2010
(Drucksache 17/1426)
 5. Schulklassen kostenfreien Eintritt in Kultureinrichtungen ermöglichen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 27. Oktober 2010
(Drucksache 17/1496)
 6. Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instruments "Bürgerarbeit" in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 6. September 2010
(Drucksache 17/1415)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. Oktober 2010
(Drucksache 17/1487)
 7. Leiharbeiter/-innen und Stammebelegschaften gleich behandeln
- befristete und prekäre Arbeit einschränken - Qualifizierung verbessern
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. September 2010
(Drucksache 17/1435)
 8. Instrument der Darlehensförderung möglichst umfassend nutzen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. September 2010
(Neufassung der Drs. 17/1436 vom 15. September 2010)
(Drucksache 17/1438)

9. Arbeitslosenversicherung als primäre Sicherung für Arbeitslose stärken
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 21. September 2010
(Drucksache 17/1439)
10. Vorratsdatenspeicherung
Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. September 2010
(Drucksache 17/1440)
11. Eingliederung von behinderten Menschen in den allgemeinen
Arbeitsmarkt verbessern
Mitteilung des Senats vom 21. September 2010
(Drucksache 17/1444)
12. UNHCR-Flüchtlinge in Bremen aufnehmen - Bremen sagt ja!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. September 2010
(Drucksache 17/1449)
13. Gewalt in der Pflege
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. September 2010
(Drucksache 17/1453)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 2. November 2010
(Drucksache 17/1505)
14. Zukunftsvision für die Bremer Aufbau-Bank
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 28. September 2010
(Drucksache 17/1458)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 26. Oktober 2010
(Drucksache 17/1493)
15. Länderübergreifende Vernetzung von Verkehrsbeeinflussungsanlagen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. September 2010
(Drucksache 17/1459)
16. Fördermittel für Gebäudesanierung
Antrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 4. Oktober 2010
(Drucksache 17/1470)
17. Kooperationsverbot im Bildungs- und Wissenschaftsbereich abschaffen!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. Oktober 2010
(Drucksache 17/1475)

18. Kulturhoheit den Ländern belassen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. November 2010
(Drucksache 17/1518)
19. Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern bei Bildung und
Wissenschaft
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. November 2010
(Drucksache 17/1520)
20. Sicherung der bisherigen Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe
Hochschulbau
Antrag der Fraktion der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Oktober 2010
(Drucksache 17/1476)
21. Keine Prämie für Heim und Herd: Betreuungsgeld abschaffen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 19. Oktober 2010
(Drucksache 17/1489)
22. Zentrale Servicestelle zur Anerkennung von im Ausland erworbenen
berufsqualifizierenden Ausbildungs- und Bildungsabschlüssen einrichten
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 1. November 2010
(Drucksache 17/1498)
23. Unsoziales Sparpaket zurücknehmen statt Steuern für Wohlhabende zu
senken!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 2. November 2010
(Drucksache 17/1501)
24. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Stiftung zur
Förderung des künstlerischen Nachwuchses
Mitteilung des Senats vom 2. November 2010
(Drucksache 17/1504)
 1. Lesung
 2. Lesung

Christian Weber
Präsident

Anlagen